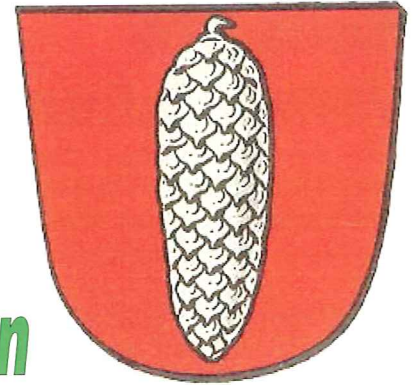


# UWG

## Aktiv für Mainhausen

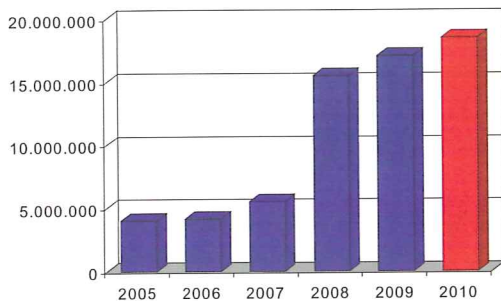


[www.UWG-wahlen.de](http://www.UWG-wahlen.de)

**Ausgabe 1  
Januar 2011**

# Mainhausens Schulden

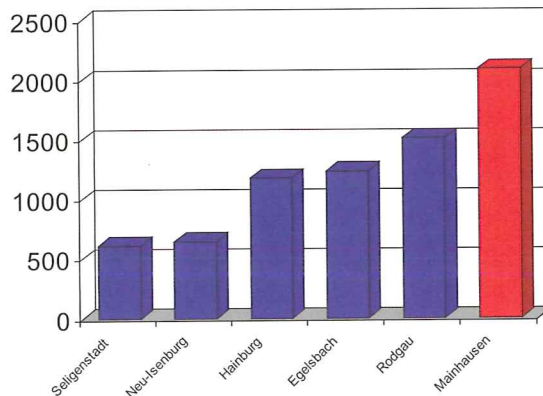
## Gesamtschulden



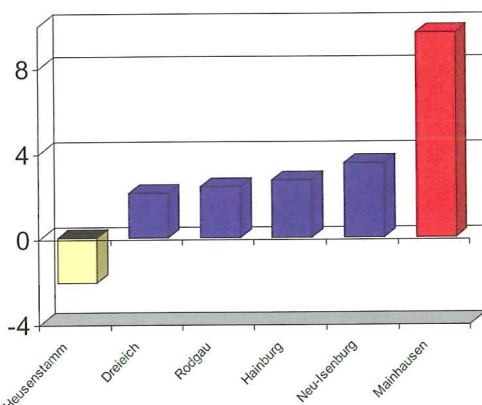
In letzter Zeit hat die in Mainhausen regierende SPD Flugblätter verteilt zu den Finanzen unserer Gemeinde. Leider waren diese Informationen nicht ganz vollständig. In dieser Grafik sehen Sie die Entwicklung der Gesamtschulden von Mainhausen in den letzten Jahren. Im Vergleich zu anderen Gemeinden ist der Anstieg in diesem Zeitraum deutlich höher.

Wie schlecht in Mainhausen gewirtschaftet wird kann man in dieser Grafik erkennen. Im gesamten Kreis Offenbach ist nur in Langen, Dietzenbach Dreieich und Mühlheim die Pro-Kopf-Verschuldung höher. Diese Städte sind aber deutlich größer und haben zusätzliche Aufgaben und dementsprechend deutlich höhere Ausgaben.

## Schulden pro Kopf



## Personalkostenerhöhung innerhalb eines Jahres



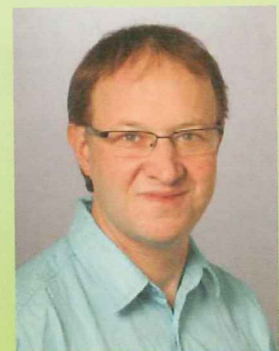
Im Vergleich zu 2009 hat es Heusenstamm im Jahr 2010 geschafft, die Personalkosten um 2,1 Prozent zu senken. Bei den anderen aufgeführten Kommunen bewegt sich die Erhöhung der Personalkosten in diesem Zeitraum im Rahmen der tariflichen Lohnerhöhung. In Mainhausen gingen die Personalkosten im gleichen Zeitraum um fast 10 Prozent nach oben. Selbst jetzt, ohne gültigen Haushalt, stellt die Bürgermeisterin munter weiter Leute ein.

Liebe Bürgerinnen,  
liebe Bürger,

bei der Kommunalwahl 2006 wurde die UWG erstmals in die Gemeindevertretung gewählt.

Seit dieser Zeit haben wir bestimmt einige Fehler gemacht, gegenüber den etablierten Parteien waren wir oft zu vertrauensselig. Aber wir haben daraus gelernt und werden auch weiterhin frei von Parteidogmen und Parteitagsrichtlinien denken und zum Wohle unserer Gemeinde entscheiden.

Wir wollen Sie auf diesem Weg in Zukunft direkt über unsere aktuelle und zukünftige Arbeit in den Gremien der Gemeinde Mainhausen informieren. Gerade weil wir auf keine Parteifreunde im Bund, im Landtag oder im Kreistag Rücksicht nehmen müssen, sind wir für alle guten Ideen offen. Wenn Sie eine gute Idee für Mainhausen haben, sprechen Sie uns einfach an.



**Manfred Stolz**

Fraktionsvorsitzender und  
Spitzenkandidat der  
**UWG Mainhausen**

# Seltsame Veranstaltung

Am 17. November fand im Bürgerhaus Zellhausen eine Werbeveranstaltung der Firma "Deutsche Vermögensberatung AG" statt.

Das ist das gute Recht jeder Firma, erstaunlich war nur, daß neben der Direktionsleiterin der Firma auch Bürgermeisterin **Ruth Disser** (SPD) mit dem amtlichen Wappen der Gemeinde Mainhausen als Einladende fungierte.

Wie ein Blick ins Internet (Wikipedia) zeigt, handelt es sich bei dieser Firma um einen als Strukturvertrieb aufgebauten Finanzvertrieb, den der frühere Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm** (CDU) als "Drückerkolonnie" bezeichnete.

Andere CDU-Politiker stehen der Firma nicht so kritisch gegenüber:

Der frühere hessische Minister Udo Corts gehört dem Vorstand an, in weiteren Gremien waren oder sind Unions-Politiker wie Helmut Kohl, Theo Waigel, Bernhard Vogel etc. zu finden.

Eine gewisse Nähe zur CDU läßt sich auch beim Spendenverhalten dieser Firma beobachten:

Seit dem Jahr 2000 wurden fast 1,6 Millionen Euro an Parteien gespendet. Davon erhielt die FDP 35,4%, an die CDU ging der Rest, die SPD ging leer aus.

**Wir fragen uns natürlich, seit wann es zu den Aufgaben einer Bürgermeisterin gehört, Werbung für so eine Firma zu machen.**

(Quellenangabe: [www.heise.de](http://www.heise.de))

## [www.UWG-wählen.de](http://www.UWG-wählen.de)

**V.i.S.d.P.:**

**UWG Mainhausen**

**Manfred Stolz**  
Hauptstraße 53

**Redaktionelle Mitarbeit:**

Gerald Wißler (Satz & Layout),  
Wolfgang Fritsch, Jürgen Zeiger,  
Michael Stirnweiß, Dieter Rengeo

Im Gegensatz zu den Parteien bekommt die UWG keine Steuergelder aus der staatlichen Parteienfinanzierung. Dieses Flugblatt wurde ausschließlich aus privaten Mitteln finanziert.

# Was soll das sein ?



**Da heißt es immer, bei uns wär nichts los. Mittlerweile gibt es sogar Freilichtkunst für 15.000 €. Nur schade, daß kein Geld da war für einen Spielplatz neben dem Vereinsheim an der Kirche. Hoffen wir nur, daß keine Kinder auf die Idee kommen auf dem Kunstwerk zu spielen, ein Absturz von der Spitze könnte fatal sein.**

# Geldverschwendung in Mainhausen

Die Schulden von Mainhausen sind nicht vom Himmel gefallen, sondern sind die Folge falscher Politik.

Ein Teil dieser falschen Politik wurde von CDU, SPD und FDP auf Bundes- und Landesebene gemacht, aber auch im Mainhausen selbst wurden genügend Fehler gemacht.

Es wundert sich bestimmt niemand, daß auch im Mainhausen die gleichen Parteien seit Jahrzehnten das Sagen haben.

**1.700.000 Euro**

kostete das Feuerwehrhaus in Zellhausen zuviel. Obwohl nur 2,5 Millionen Euro von der Gemeindevertretung bewilligt wurden, belaufen sich die bisherigen Kosten – es liegen noch nicht alle Abrechnungen vor – auf fast 4,2 Millionen Euro.

Wieviel das Feuerwehrhaus in Mainflingen letztlich kosten wird, weiß noch kein Mensch.

**120.000 Euro**

kostete die Auseinandersetzung mit dem früheren Herausgeber des Mainhäuser Blättchens.

Die Bürgermeisterin wollte unbedingt einen neuen Verlag mit der Aufgabe betrauen, war aber nicht fähig, den bestehenden Vertrag juristisch wasserdicht zu kündigen.

**5.400.000 Euro**

hätte das Grundstück für die neue Käthe-Paulus-Schule eingebracht, wenn die Gemeinde dem Kreis den üblichen Markpreis (ca. 300 €/m<sup>2</sup>) in Rechnung gestellt hätte. Das ist nicht geschehen – schließlich wollten wir ja alle, daß die Schule endlich gebaut wird – aber zumindest das Grundstück der alten Schule im Wert von rund

**600.000 Euro**

hätte an die Gemeinde Mainhausen zurückfallen müssen. Der Bürgermeisterin scheinen gute Beziehungen zum Landrat wichtiger zu sein als Einnahmen für ihre Gemeinde. Den Erlös für den Verkauf dieses Grundstück kassiert jetzt der Kreis.

**200.000 Euro**

haben SPD und CDU gemeinsam für ganze zwei neue Bushaltestellen bereitgestellt. Auch wenn davon 117.000 € ein Zuschuß des Amtes für Straßen- und Verkehrswesen ist, bleibt ein stolzer Anteil für die Gemeinde.

Daß der Zuschuß eigentlich 75 Prozent der Gesamtkosten betragen sollte, zeigt nur, wie schlecht SPD und CDU mit Steuergeldern umgehen können.

**Diese Liste ist leider nicht vollständig, eine Fortsetzung ist zu befürchten.**